

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:15 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Heino Ammersken

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsherr Walter Davids (bis 18.45 Uhr)  
Ratsfrau Helga Grix  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Bürgermeisterin Lina Meyer  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze (bis 18.25 Uhr)

#### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz (bis 18.40 Uhr)  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Kurt Hannappel

#### **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Meinhard Meißner (für Ratsherr Rolf Bolinius)

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt fehlte entschuldigt

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Jürgen Dietrich (bis 19.00 Uhr)  
Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Anke Harbers  
Frau Elsa Hartwig  
Herr Klaas Hayenga  
Frau Soghra Janssen  
Herr Dr. Friedhelm Voges (bis 18.50 Uhr)

#### **von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel  
Fachdienstleiter Dr. Ubbo Decker  
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

Stadtamtfrau Elisabeth Szag  
Stadtamtmann Reno Wolf  
Stadtamtmann Wolfgang Ubben, Protokollführung  
Stadtangestellter Rolf-Dieter Schröder  
Stadtamtsrätin Beate Stomberg (bis 18.20 Uhr)

### **Gäste**

5 Zuschauer  
2 Vertreter der örtlichen Presse

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Ammersken** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**Herr Ammersken** bittet darum, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammenzufassen. Hiergegen werden ebenfalls keine Einwendungen erhoben.

### **Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 16.11.2005

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 16.11.2005 wird genehmigt

**Ergebnis:** einstimmig

### **Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

**Herr Burkhard Remppis**, Vorsitzender der Partei „Die Grünen“ in Emden berichtet, dass Mitglieder seiner Partei und er das Wohnheim „Larrelter Batterie“ besichtigt hätten. Es fiel dabei auf, dass für die Bewohner die Schaffung einer Privatsphäre kaum möglich und Konflikte und Aggressionen somit vorprogrammiert seien. Zudem würden viele Bewohner mehr als 1 Jahr in diesem Wohnheim wohnen. Er fragt nach, ob es bei dieser Unterbringung von Asylbewerbern bleiben soll. Herr Ammersken verweist auf Punkt 10 der Tagesordnung und bittet darum, die Anfrage bei diesem Tagesordnungspunkt zu behandeln.

**Frau Sonja Ryll** erkundigt sich, ob nach Emden zugewiesene Asylbewerber nach wie vor im Wohnheim „Larrelter Batterie“ untergebracht werden sollen oder ob an eine dezentrale Unterbringung gedacht sei.

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

**Herr Ammersken** verweist auch bei dieser Anfrage auf den Tagesordnungspunkt 10 und bittet darum, diese Anfrage ebenfalls bei diesem Tagesordnungspunkt zu behandeln.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14/1876-00  
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006  
und

**Punkt : 6** Vorlage 14/1877-00  
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe  
836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2009

**Herr Lutz** führt aus, dass seit der Erstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2005 die Fachbereichsbudgets in die entsprechenden Fachausschüsse und Fraktionen der politischen Parteien verwiesen werden und sich diese Praxis bewährt habe.

**Frau Tempel** erläutert die Planungen für das Budget des Fachbereiches Gesundheit und Soziales für das Haushaltsjahr 2006 anhand eines Folienvortrages.

Insbesondere weist Frau Tempel daraufhin, dass die Ausgaben des Fachbereiches 500 und der ARGE zusammen ca. 30 % der Aufwendungen des gesamten Verwaltungshaushalts darstellen. Somit würde jeder 3. Euro für die soziale Sicherung aufgewendet werden. Frau Tempel geht davon aus, dass die für das Haushaltsjahr 2006 geplanten Ausgabeansätze des Fachbereiches 500 auskömmlich sein werden. Dagegen sei das Budget der ARGE mit großen Risiken behaftet. Zurzeit werden die von der Stadt Emden an die Bundesanstalt für Arbeit zu erstattenden Aufwendungen für Kosten der Unterkunft und einmaligen Beihilfen um 20 % gekürzt, da die zahlungsbegründenden Unterlagen nicht den von den kommunalen Spitzenverbänden genannten Anforderungen genügen. Es bleibe abzuwarten, ob die Stadt Emden den gekürzten Betrag an die Bundesanstalt für Arbeit zu erstatten habe. Auf der Einnahmenseite stellen die sonstigen Finanzeinnahmen ein großes Risiko dar. Der Ansatz sei mit 3,5 Millionen Euro sehr hoch kalkuliert. Fachbereichsintern werde aufgrund wegfallender Refinanzierungsmöglichkeiten mit einer tatsächlichen Einnahme in Höhe von maximal 3 Millionen Euro gerechnet. Alle anderen Einnahmepositionen inklusive der ARGE dürften aber erreicht werden.

Weiter führt Frau Tempel aus, dass sich der Fachbereich 500 für das Jahr 2006 die Sicherung und Vernetzung von Leistungen der Primärprävention für Kinder und Jugendliche zum Ziel gesetzt habe und damit das gesamtstädtische Topziel „Förderung der Jugend und Bildung“ mit mehreren Projekten in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen und Einrichtungen unterstütze.

**Herr Dr. Beisser** fragt nach, warum der Fachbereich mit einer Erhöhung der Aufwendungen nach dem Sozialgesetzbuch II für Kosten der Unterkunft rechne, obwohl der Bund plane, die Regelsätze für Langzeitarbeitslose unter 25 Jahre zu kürzen. Frau Tempel erwidert, dass sich die vom Bund geplanten Regelungen auch nur auf die vom Bund zu tragenden Leistungen auswirke, da die Gewährung des Regelsatzes eine nur vom Bund zu erbringende Leistung darstelle. Im Übrigen werde sich die drastische Energiepreiserhöhung bei den Heizkosten, die vom kommunalen Träger zu erbringen sind, negativ auf die Kostenentwicklung auswirken.

**Herr Lutz** ergänzt, dass die ursprüngliche Fallzahlenkalkulation der Bundesanstalt für Arbeit nicht mit den tatsächlichen Fallzahlen übereinstimme. Die tatsächlichen Fallzahlen des

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

Jahres 2005 würden die von der Bundesanstalt für Arbeit geschätzten Fallzahlen um monatlich ca. 700 Fälle übersteigen.

**Herr Bongartz** merkt an, dass die Produkte 51.3.2 (Betreuung/Intensive ambulante Erziehungshilfe) und 51.4.1 (Familienersetzende Hilfen) zusammen ein Budget von über 4 Millionen Euro Netto ausweisen. Dies stelle für eine Stadt von der Größenordnung Emdens einen sehr hohen Betrag dar. In Emden sind ca. 150 Jugendliche verhaltensauffällig. Die für diesen Personenkreis erforderlichen Maßnahmen seien zwar notwendig, aber auch sehr teuer.

Das Produkt 50.2.5 (Kommunale Prävention) weist Kosten in Höhe von 60.000 € aus, wobei 54.000 € auf Personalkosten entfallen. Somit würden für Projekte nur noch ca. 6.000 € zur Verfügung stehen. Dieser Betrag reiche nicht aus, gute Präventionsarbeit zu leisten. Langfristig würden durch gute Prävention Einspareffekte bei den familienersetzenden Hilfen erzielt werden. Aus diesem Grunde sei es notwendig, Verschiebungen zugunsten des Produktes 50.2.5 vorzunehmen. Herr Bongartz regt an, anhand eines Workshops Wege und Möglichkeiten zur Kostensenkung zu erarbeiten.

**Herr Lutz** weist daraufhin, dass es sich bei den von Herrn Bongartz genannten Produkten um Leistungen des Fachbereiches 600 handelt und somit eine Erörterung im Jugendhilfeausschuss erfolgen müsse.

In diesem Zusammenhang bittet **Herr Bongartz** darum, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales über den aktuellen Verlauf der schulärztlichen Untersuchungen und insbesondere dabei festgestellte Auffälligkeiten berichtet werde.

Herr Lutz sichert eine entsprechende Berichterstattung zu.

**Frau Lina Meyer** unterstützt den Vorschlag von Herrn Bongartz, einen entsprechenden Workshop durchzuführen. Sie möchte geklärt wissen, ob für die von Herrn Bongartz angesprochenen Produkte zusätzliche Gelder bereitgestellt werden würden. Herr Lutz erwidert, dass eine zusätzliche Bereitstellung von Mitteln nicht erfolgen werde. Vielmehr würde eine Kürzung bei anderen Haushaltsansätzen erfolgen. Da es sich um Pflichtaufgaben handele, müsse die Stadt die erforderlichen Mittel aufbringen. Lediglich die freiwilligen Ausgaben seien disponibel.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2009

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 7** Vorlage 14/2035-00  
Konzept „Fachstelle Eingliederungshilfe“

**Frau Szag** erläutert die Vorlage anhand eines Folienvortrages. Sie führt weiter aus, dass in den vergangenen Jahren sowohl ein starker Anstieg der Kosten für den Bereich der Eingliederungshilfe als auch ein Fallzahlenanstieg zu verzeichnen sei. Eine Begründung für diese Entwicklung läge u.a. darin, dass aufgrund des

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

medizinischen Fortschritts behinderte Menschen eine höhere Lebenserwartung hätten und somit auch länger der Leistungen der Eingliederungshilfe bedürfen. Es sei damit zu rechnen, dass es bis zum Jahre 2020 zu einem stetigen Anstieg des Anteils von älteren Menschen mit Behinderungen komme, der eine Komplettversorgung erforderlich mache, da oftmals keine Angehörigen für die Pflege dieser Personen aufkommen würden. Ziel müsse es daher sein, die Kostenentwicklung einzudämmen und gleichzeitig die notwendige Betreuung sicherzustellen. Aus diesem Grunde habe der Fachdienst Sozialhilfe bereits mit der Einführung von Hilfekonferenzen begonnen, an der der Hilfebedürftige, ggf. ein Betreuer, der Sozialpsychiatrische Dienst, die Einrichtung und ein Sachbearbeiter des Fachdienstes Sozialhilfe teilnehmen würden. Durch die Einführung dieser Hilfekonferenzen sei ein Betrag von 23.000 € im Jahr 2005 eingespart worden. Damit eine langfristige Kostendämpfung erreicht werde, sei es erforderlich, passgenaue Hilfen für die Betroffenen zu entwickeln. In der Zukunft werde es bedarfsorientierte und nicht mehr angebotsorientierte Hilfen geben müssen. Um solche passgenauen Hilfen für den Einzelnen entwickeln zu können, sei die Schaffung dieser Fachstelle Eingliederungshilfe erforderlich, da die zeitintensive Aufgabe mit dem derzeitigen Personal nicht bewältigt werden könne. Derzeit würden 474 Personen laufende Leistungen der Eingliederungshilfe benötigen. Die größte Gruppe stellen die Zwanzig- bis Neunundvierzigjährigen dar, sodass in den nächsten Jahren mit einem erheblichen Anstieg von „alten“ behinderten Menschen zu rechnen sei. Die Gesamtaufwendungen für diesen Personenkreis belaufen sich auf 10 Millionen Euro. Die Kosten für die Einrichtung einer Fachstelle würden ca. 54.000 Euro im Jahr betragen.

**Herr Buisker** möchte wissen, welchen neuen bzw. anderen Hilfsangebote für diese Menschen angedacht seien.

**Frau Szag** erwidert, dass für jeden Betroffenen eine individuelle Hilfe erforderlich und somit ein ganz persönlicher Hilfeplan zu erstellen sei. Herr Dr. Voges wünscht sich für die Erstellung von Hilfeplänen ein unbürokratischeres Vorgehen, als dies bei der Einstufung von kranken Menschen in Pflegestufen erfolge.

Frau Szag gibt zu bedenken, dass auch das Verfahren in der Eingliederungshilfe vorgegeben sei, aber trotz alledem versucht werde, den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 8** Vorlage 14/2036-00  
Vogelgrippe- und Influenzapandemiegefahr;  
- Erläuterungen zur Situation in Emden aus der Sicht des Gesundheitsamtes

**Herr Dr. Decker** gibt einen ausführlichen Überblick über die aktuelle Situation in Emden anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) im Rats- und Bürgerinformationssystem einzusehen ist.

**Herr Lutz** führt ergänzend aus, dass in Emden bislang bei keinem der untersuchten tot aufgefundenen Vögel das Vogelgrippevirus entdeckt worden sei.

**Herr Ammersken** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Schulze** zeigt sich verwundert, dass für den Schutz vor Vogelgrippe der Wirkstoff Tamiflu nur für 6 % der Bevölkerung in Niedersachsen zur Verfügung stehen würde. Er möchte wissen, ob der Wirkstoff bis zur Entwicklung eines möglichen Impfstoffes erfolgreich gegen die Vogelgrippe eingesetzt werden könne.

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

**Herr Dr. Decker** führt aus, dass nicht abgeschätzt werden könne, ob der Wirkstoff in ausreichender Menge zur Verfügung steht, da die Anzahl erkrankter Menschen nicht bekannt sei. Sollte es wirklich zu einer Pandemie kommen, trete diese in mehreren Wellen auf, wobei in der Regel die zweite Welle die meisten Opfer fordern würde. Insofern würde für die Entwicklung eines wirksamen Impfstoffes ein größerer Zeitraum zur Verfügung stehen.

**Herr Hannappel** erklärt, dass Gerüchte kursieren, wonach Listen mit Namen von Personen existieren, die im Falle einer Pandemie bevorzugt mit einem Wirkstoff versorgt werden würden. Er möchte wissen, ob eine solche Liste in Emden existiert. Herr Dr. Decker erklärt, dass ihm keine Liste bekannt sei.

**Frau Lina Meyer** bittet darum, dass über die weitere Entwicklung regelmäßig im Ausschuss berichtet wird. Herr Dr. Decker sagt eine kontinuierliche Berichterstattung zu.

**Herr Davids** weist darauf hin, dass aufgrund der rasanten Ausbreitung der Vogelgrippe eine schnellstmögliche Beseitigung toter Tiere erforderlich sei.

**Herr Lutz** bestätigt dies und äußert die Bitte, im Falle eines Auffindens toter Tierkörper die zuständigen Stellen sofort zu informieren, damit entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

**Herr Bongartz** beruhigt die Anwesenden und erklärt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Emden und der Polizei in diesem Fall sehr gut laufe. Es seien zwischenzeitlich Alarmierungs- und Einsatzpläne für den Fall einer Pandemie entwickelt worden, die sowohl bei der Stadt Emden als auch der Polizei vorliegen würden.

**Herr Hannappel** erkundigt sich, welche Telefonnummer im Notfall gewählt werden soll. Herr Lutz verweist auf die Rufnummer der Feuerwehr (112).

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 9** Vorlage 14/2038-00  
Tätigkeitsbericht des Integrationsrates;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 23.11.2005

**Herr Ouedraogo** gibt einen Tätigkeitsbericht des Integrationsrates anhand einer Vorlage, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Herr Ouedraogo erläutert, dass zurzeit 8 Personen aus 6 Nationalitäten im Integrationsrat ehrenamtlich tätig seien. Ihre wichtigste Aufgabe stelle die integrative Arbeit sowie die Unterstützung von Migranten und Migrantinnen dar. Ebenso werde bei Einbürgerungsverfahren und ausländerrechtlichen Fragen Hilfe angeboten. Darüber hinaus leiste der Integrationsrat beratende Unterstützung in verschiedenen Gremien der Stadt Emden.

Der Integrationsrat habe sich zum Ziel gesetzt, langfristig die Zusammenarbeit zwischen dem Rat und der Stadt zu intensivieren. Darüber hinaus werde eine bessere Zusammenarbeit mit den städtischen Bediensteten angestrebt. Die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Verbesserung der Bedingungen für Migranten und Migrantinnen seien von enormer Bedeutung. Hier werde der Integrationsrat in nächster Zeit verstärkt tätig werden.

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

**Herr Ammersken** dankt Ouedraogo für die umfassende Information.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** Vorlage 14/2037-00  
Aktuelle Situation im Wohnheim „Larrelter Batterie“;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 23.11.2005

**Herr Wolff** gibt einen Sachstandsbericht anhand einer Vorlage, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Darüber hinaus führt er aus, dass es sich bei den Bewohnern der „Larrelter Batterie“ um rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber handele, die aufgrund ihres Status keine Möglichkeit zur Integration haben. Vielmehr werde versucht, finanzielle Anreize zu schaffen, um die Asylbewerber zur Ausreise zu bewegen. Leider erfolge durch das Land Niedersachsen keine Unterstützung.

Herr Wolff nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Remppis und teilt mit, dass am 20.01.2006 eine Hausbegehung der „Larrelter Batterie“ durch den Gesundheitsaufseher des Fachdienstes Gesundheit und ihn erfolgt sei, bei der keinerlei Mängel festgestellt werden konnten. Er werde aber den Schilderungen von Herrn Remppis nachgehen und eine erneute Inaugenscheinnahme des Wohnheimes vornehmen. Sofern sich ein erneuter Sanierungsbedarf feststellen lasse, werden umgehend die erforderlichen Schritte eingeleitet.

**Frau Tempel** erwidert auf die Eingabe von Frau Ryll, dass der im Wohnheim „Larrelter Batterie“ untergebrachte Personenkreis grundsätzlich lediglich Anspruch auf die Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz habe, da sie durch Verschweigen ihrer Identität an der Beschaffung von Ausreisepapieren nicht mitwirken und die Ausländerbehörde so keine Möglichkeit habe, die Ausreisepflichtigen zwangsweise in ihr Heimatland abzuschicken. Es soll jedoch versucht werden, in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat und der Betreiberfirma eine Verbesserung der Betreuung in der Unterkunft zu erreichen und darüber hinaus die Rückkehrbereitschaft einzelner Bewohner auszuloten.

Frau Tempel weist im Übrigen darauf hin, dass zurzeit 32 abgelehnte Asylbewerber in diesem Wohnheim untergebracht worden sind. Es halten sich dort aber nur regelmäßig 20 - 25 Personen auf. Da dieses Wohnheim jedoch für 40 Plätze ausgelegt ist, solle eine dezentrale Unterbringung von abgelehnten Asylbewerbern bis spätestens zum Ablauf des mit der Betreiberfirma geschlossenen Vertrages erfolgen, um langfristig die Kosten zu senken.

**Herr Dr. Beisser** gibt zu bedenken, dass die städtischen Mitarbeiter für Versäumnisse im Gesetzgebungsverfahren verantwortlich gemacht werden. Er appelliere deshalb an alle, ein Verständnis füreinander zu entwickeln.

**Frau Elfriede Meyer** möchte wissen, wie derzeit die Betreuung der Asylbewerber im Wohnheim erfolgt.

**Frau Tempel** erklärt, dass zurzeit ein Hausmeister in der „Larrelter Batterie“ seinen Dienst leiste, der auch telefonisch rund um die Uhr zu erreichen wäre. Eine notwendige sozialpädagogische Betreuung wird zurzeit nicht angeboten. Diesbezüglich sei der Fachdienst Wohnen mit der Betreiberfirma in Verhandlungen.

**Herr Hannappel** möchte wissen, ob zurzeit Zwangsausweisungen anstehen und ob mit Zugängen zu rechnen sei.

## **Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006**

---

**Frau Tempel** erläutert, dass zurzeit keine zwangsweisen Ausweisungen anstehen würden. Eine evtl. Abschiebung stelle in den meisten Fällen ein Problem dar, da die Identität der Hilfeempfänger aufgrund fehlender Passpapiere nicht geklärt werden könne. Neuzugänge würden zurzeit nicht anstehen.

**Herr Ouedraogo** weist darauf hin, dass der Integrationsrat zuerst Kontakt mit städtischen Stellen aufnimmt, wenn sich Hilfesuchende in einem Verfahren an den Integrationsrat wenden. Herr Ouedraogo wünsche aber eine bessere Zusammenarbeit, um in Zukunft effektiver für beide Seiten arbeiten zu können.

**Frau Janssen** weist darauf hin, dass auch die Herkunft der Menschen zu bedenken sei. Im Jahr 2005 sei kein Flüchtling Emden zugewiesen worden. Die Zahl der Bewohner im Wohnheim gehe daher zurück und deshalb sei eine dezentrale Unterbringung dieser Personen anzustreben.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### **Punkt : 11** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Frau Tempel** erinnert daran, dass sich die Stadt Emden im Jahre 2005 beim Land Niedersachsen um die Einrichtung einer Leitstelle „Integration“ beworben hat. Da Landespersonal nur in begrenztem Umfang zur Verfügung gestanden hat, konnte Emden leider nicht berücksichtigt werden. Nach einem Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport findet in diesem Jahr erneut ein Auswahlverfahren statt, an dem u. a. Emden als Standort für eine Leitstelle teilnimmt. Das Ergebnis ist abzuwarten.

### **Punkt : 12** Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegen keine neuen Informationen vor.

### **Punkt : 13** Anfragen

**Frau Lina Meyer** erkundigt sich, ob das Mammomobil gut angenommen wird.

**Herr Dr. Decker** erklärt, dass das Mammomobil nach anfänglicher Zurückhaltung immer besser angenommen werde. Es sei allerdings noch eine Vielzahl von Frauen in der betreffenden Altersgruppe anzuschreiben. Das Mammomobil werde aber auf jeden Fall so lange in Emden bleiben, bis alle gewünschten Untersuchungen erfolgt sind.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass der Vorsitzende die Sitzung um 19.15 Uhr schließt.